



Stadt Köln

Die Oberbürgermeisterin

Geschäftsführung Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Frau Haller-Vetter

Telefon: (0221) 22822

Fax: (0221) 27214

E-Mail: ursula.haller-vetter@stadt-koeln.de

Datum: 19.01.2023

Niederschrift

über die **Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik** in der Wahlperiode 2020/2025 am Montag, dem 14.11.2022, 14:00 Uhr bis 16:30 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Bettina Baum

Verwaltung - Amt für Integration und Vielfalt

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Steven Adam

Der Paritätische Wohlfahrtsverband

Frau Jutta Geurten

AG Selbsthilfe Marcumar Selbsthilfegruppe

Frau Uta Grimbach-Schmalfuß

Sozialverband Deutschland e.V. Bezirk Köln-Leverkusen-Erftkreis

Frau Annette Hepp

DSB-Regionalgruppe der Schwerhörigen und Ertaubten Köln und Umgebung e.V.

Herr Paul Intveen

Blinden- und Sehbehindertenverein Köln e.V.

Frau Ellen Kuhn

Zentrum für selbstbestimmtes Leben Köln EUTB
"Selbstbestimmt Leben" Köln

Frau Alina Toyah Sallmon

Herr Andreas Thermann

AWO Kreisverband Köln e.V.

Herr Andreas Weber

Caritasverband für die Stadt Köln e.V.

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Alexandra Dicks

Diakonisches Werk Köln und Region gGmbH

Herr Heinz-Peter Helmes

Sozialverband Deutschland e. V. Bezirk Köln-Leverkusen-Erftkreis

Beratende Mitglieder

Herr Daniel Bauer-Dahm

GRÜNE

Frau Cornelia Schmerbach

Auf Vorschlag von SPD

Herr Dirk Kluwig

Auf Vorschlag von DIE LINKE

Ständige Gäste

Herr Thomas Dittmer	Kölner Verkehrsbetriebe AG
Herr Thomas Müngersdorf	KVB AG Kölner Verkehrsbetriebe
Herr Martin Süß	KVB AG Kölner Verkehrsbetriebe
Frau Felicitas Vorpahl-Allweins	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Laura Loscheider	Auf Vorschlag von Volt
-----------------------	------------------------

Schriftführerin

Frau Ursula Haller-Vetter	161/2 Amt für Integration und Vielfalt Büro des*r Behindertenbeauftragten
---------------------------	---

Verwaltung

Frau Jacqueline Bergmann	E-Government und Online-Dienste (1300)
Frau Sandra Brunner	Dezernat Finanzen und Recht
Frau Claudia Funke	Sportamt
Frau Daya Holzauer	Gesamtschwerbehindertenvertretung
Herr Stephan Jacobs	E-Government und Online-Dienste (1300-2)
Frau Anne Kreische	Gesundheitsamt
Frau Hannelore Lachmayr	161/2 Amt für Integration und Vielfalt Büro des*r Behindertenbeauftragten
Herr Christian Leitow	68 Amt für nachhaltige Mobilitätsentwicklung
Herr Ronny Sämann	Amt für Strassen und Verkehrsentwicklung
Herr Benjamin Stieb	Bezirksamt Chorweiler Sozialraumkoordination
Frau Mirjam Tomse	Behindertenbeauftragte
Frau Anne Weber	52 Sportamt

Gäste

Herr Dr. Dr. Rainer Broicher	Auf Vorschlag von der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Bernd Fahlenbock	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Frank Feles	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Horst Ladenberger	Auf Vorschlag der Grünen
Frau Ulrike Müller-Harth	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Hilde Naurath	auf Vorschlag von der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Ute Palm	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Achim Schmitz	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Frau Baum begrüßt die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, die Vertreter*innen der Verwaltung sowie die Gäste zur hybriden Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik.

Festlegung der Tagesordnung:

Die Einladung wurde am 27.10.2022 im Internet veröffentlicht. Die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik wurden per E-Mail am gleichen Tag hierüber informiert.

Nach Veröffentlichung wurden weitere Tagesordnungspunkte angemeldet bzw. zurückgestellt:

- 2.1 KVB - neues Niederflur Stadtbahnfahrzeug (Arbeitstitel NF12)
hier: Antrag des stimmberechtigten Mitglieds Paul Intveen zur nicht gegebenen Barrierefreiheit im Modell

Zugesetzt: 02.11.2022

- 2.2 Veranstaltung "Gesundheit inklusiv! Kölner Wege zur medizinischen Versorgung ohne Barrieren" zum "Kölner Tag der Menschen mit Behinderung"
hier: Antrag des stimmberechtigten Mitglieds Paul Intveen zu Forderungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Zugesetzt: 02.11.2022

- 2.3 Teilnahme am Landesprogramm „Kommunales Integrationsmanagement (KIM)“
2904/2022

Zugesetzt: 14.11.2022

- 3.1 Erarbeitung eines Leitfadens für Öffentlichkeitsbeteiligung mit einer systematischen Berücksichtigung von Menschen mit Behinderung
hier: mündlicher Sachstandsbericht

Zugesetzt: 07.11.2022

- 4.2 Neuaufstellung NRWeltoffen in Köln
3557/2022

Zugesetzt: 02.11.2022

- 4.3 Ehrenamtliches Engagement von Menschen mit Behinderung stärken
hier: mündlicher Bericht des stimmberechtigten Mitglieds Paul Intveen

Zugesetzt: 02.11.2022

- 4.4 Antrag auf Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII, 4. Kapitel)
hier: mündlicher Sachstandsbericht
3099/2022

Zugesetzt: 03.11.2022

- 4.5 Landesinitiative Gewaltschutz NRW in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung

hier: mündlicher Bericht des stimmberechtigten Mitglieds Wolfgang Schaefer (DRK)

Zugesetzt: 03.11.2022

4.6 Qualifizierungsangebote Diskriminierungsfreies Handeln im Schulungsprogramm der Stadt Köln
3529/2022

Zugesetzt: 07.11.2022

4.7 "Elektro-Tretroller - Klärung von rechtlichen Grundlagen"
Sachstandsnachfrage zu TOP 4.1 der Sitzung vom 18.11.2021 der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
hier: Mündlicher Bericht von Herrn Christian Leitow, Amt für nachhaltige Mobilitätsentwicklung

Zugesetzt: 10.11.2022

5.1 Anfrage an die Verwaltung zur städtischen Bilanz des Projektes "Wie inklusiv ist das Quartier?"
hier: Anfrage des stimmberechtigten Mitglieds Paul Intveen

Zugesetzt: 03.11.2022

5.2 Gesundheitliche Vorsorge behinderter Menschen in städtischen Einrichtungen und anderer behinderte Einwohner*innen Kölns im Rahmen der Auswirkungen des Klimawandels
AN/1987/2022

Zugesetzt: 10.11.2022

5.3 Bauliche Maßnahmen im Zuge des Klimawandels hinsichtlich gesundheitlicher Auswirkungen auf behinderte Menschen in städtischen Einrichtungen und behinderter Einwohner*innen Kölns im Allgemeinen
AN/1988/2022

Zugesetzt: 10.11.2022

Herr Intveen bittet, zu TOP 2.1 Herrn Ladenberger als Redner zuzulassen.

Die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft stimmen dem zu.

Die Tagesordnung wird wie folgt genehmigt.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 **Gespräche und Vorträge**

2 **Anträge, Beschlüsse und Beschlussempfehlungen**

- 2.1 KVB - neues Niederflur Stadtbahnfahrzeug (Arbeitstitel NF12)
hier: Antrag des stimmberechtigten Mitglieds Paul Intveen zur nicht
gegebenen Barrierefreiheit im Modell
- 2.2 Veranstaltung "Gesundheit inklusiv! Kölner Wege zur medizinischen
Versorgung ohne Barrieren" zum "Kölner Tag der Menschen mit Behinderung"
hier: Antrag des stimmberechtigten Mitglieds Paul Intveen zu Forderungen der
Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
- 2.3 Teilnahme am Landesprogramm „Kommunales Integrationsmanagement
(KIM)“
2904/2022

3 **Teilhabe von Menschen mit Behinderung bei Bürgerbeteiligungen und Verwaltungsvorhaben**

- 3.1 Erarbeitung eines Leitfadens für Öffentlichkeitsbeteiligung mit einer
systematischen Berücksichtigung von Menschen mit Behinderung
hier: mündlicher Sachstandsbericht

4 **Mitteilungen, Sachstandsberichte und Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**

- 4.1 Beschäftigung von Menschen mit Behinderung bei der Kölner Stadtverwaltung
Nachreichung zu TOP 1.1 der Sitzung vom 23.06.2022
3147/2022
- 4.2 Neuaufstellung NRWeltoffen in Köln
3557/2022
- 4.3 Ehrenamtliches Engagement von Menschen mit Behinderung stärken
hier: mündlicher Bericht des stimmberechtigten Mitglieds Paul Intveen
- 4.4 Antrag auf Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII, 4.
Kapitel)
hier: mündlicher Sachstandsbericht
3099/2022
- 4.5 Landesinitiative Gewaltschutz NRW in Einrichtungen für Menschen mit
Behinderungen

hier: mündlicher Bericht des stimmberechtigten Mitglieds Wolfgang Schaefer (DRK)

4.6 Qualifizierungsangebote Diskriminierungsfreies Handeln im Schulungsprogramm der Stadt Köln
3529/2022

4.7 "Elektro-Tretroller - Klärung von rechtlichen Grundlagen"
Sachstandsnachfrage zu TOP 4.1 der Sitzung vom 18.11.2021 der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
hier: Mündlicher Bericht von Herrn Christian Leitow, Amt für nachhaltige Mobilitätsentwicklung

5 Anfragen

5.1 Anfrage an die Verwaltung zur städtischen Bilanz des Projektes "Wie inklusiv ist das Quartier"
hier: Anfrage des stimmberechtigten Mitglieds Paul Intveen

5.2 Gesundheitliche Vorsorge behinderter Menschen in städtischen Einrichtungen und anderer behinderte Einwohner*innen Kölns im Rahmen der Auswirkungen des Klimawandels
AN/1987/2022

5.3 Bauliche Maßnahmen im Zuge des Klimawandels hinsichtlich gesundheitlicher Auswirkungen auf behinderte Menschen in städtischen Einrichtungen und behinderter Einwohner*innen Kölns im Allgemeinen
AN/1988/2022

6 Bericht der Behindertenbeauftragten

7 Diversity

8 Berichte aus den Fachausschüssen des Rates

9 Verschiedenes

I. Öffentlicher Teil

1 Gespräche und Vorträge

2 Anträge, Beschlüsse und Beschlussempfehlungen

2.1 KVB - neues Niederflur Stadtbahnfahrzeug (Arbeitstitel NF12) hier: Antrag des stimmberechtigten Mitglieds Paul Intveen zur nicht gegebenen Barrierefreiheit im Modell

Herr Intveen erläutert den Antrag und die Beschlussempfehlung.

Ein Teil der Fahrzeuge der Kölner Verkehrsbetriebe (KVB) muss ausgetauscht werden. Die KVB hat daher in Abstimmung mit dem Arbeitskreis Barrierefreies Köln zusammen zum Thema Barrierefreiheit der zu beschaffenden Fahrzeuge gearbeitet. Bei der Besichtigung am 28. Juli 2022 eines 1-zu-1-Modells des neuen Fahrzeugtyps wurde jedoch festgestellt, dass dieses nicht barrierefrei ist.

Der vorliegende Antrag verfolgt daher das Ziel, dass das Fahrzeug so nicht beschafft und in Betrieb genommen werden kann. Alle beteiligten Akteur*innen werden gebeten, sich für dieses Ziel einzusetzen.

Horst Ladenberger, Mitglied des Arbeitskreises Barrierefreies Köln, wird als Gast mit Rederecht zugelassen. Herr Ladenberger berichtet, dass es ihm bei der Besichtigung des 1-zu-1-Modells mit seinem Rollstuhl nur mit Anlauf gelungen ist, Zugang in das Fahrzeug zu bekommen. Ursache ist ein Spalt zwischen Bahnsteig und Fahrzeug sowie eine Steigung im Eingangsbereich des Fahrzeugs. Es handelt sich um Steigungen über 10 %, somit ist das Fahrzeug nicht barrierefrei.

Die Entwicklung ist bereits sehr weit fortgeschritten, so dass Änderungen schwierig sind. Diese werden aber noch viel schwieriger, sobald das Fahrzeug in Betrieb genommen ist.

Bisher hat der Arbeitskreis Barrierefreies Köln nur die Fraktionen über den aktuellen Stand in Kenntnis gesetzt.

Herr Süß, Bereichsleiter Werkstätten Stadtbahn und Bus, erläutert, dass die Einwände der Behindertenverbände sehr ernst genommen werden. Der Abstimmungsprozess dazu hat bereits vor 1 ½ Jahren begonnen. Mittlerweile ist die Entwicklung des 450-Mio.-Projekts weit fortgeschritten und der Auftrag vergeben worden. Sollten die neu entwickelten Fahrzeuge nicht fertiggestellt werden, werden aufgrund der Außerbetriebnahme von Altfahrzeugen, Fahrzeuge fehlen.

Es ist nicht möglich, Niederflurfahrzeuge ohne Rampen und Stufen herzustellen. Die Fahrzeuge würden so wie sie jetzt vorgestellt werden auch zugelassen. Herr Süß bietet zum weiteren Vorgehen ein Gespräch unter Beteiligung eines externen Gutachters an, bevor weitere Beschlüsse gefasst werden.

Herr Müngersdorf, Projektleiter Beschaffung Niederflurfahrzeuge, ergänzt auf Nachfrage, dass die Fahrzeuge eigene Normen haben, die von den aus dem Baubereich bekannten DIN-Normen abweichen.

Herr Fahlenbock, ebenfalls Mitglied des Arbeitskreises Barrierefreies Köln, erläutert, dass bei dem ersten Abstimmungstreffen nur ein kleiner Teil des 1-zu-1-Fahrzeuges

zur Verfügung stand. So wurde dort auch nicht über Steigungen im Eingang und im Fahrzeug gesprochen. Bei der Begehung im Juli dieses Jahres gab es weitere Details, die zeigten, dass das Fahrzeug nicht barrierefrei ist. Es ist im Sinne der Menschen mit Behinderung nicht tragbar, dass dieser Fahrzeugtyp die nächsten 30 Jahre in Köln fahren wird.

Herr Intveen schlägt vor, dass die KVB den Sachstand schriftlich niederlegt und die Sachlage sowie die vertragliche Situation bis zur kommenden Sitzung des Verkehrsausschusses klar beschreibt. Dies soll auch dem Sozialausschuss zur Kenntnis gegeben werden.

Das Ziel der Barrierefreiheit ist mit der Vergabe so nicht erreicht. Auch nicht das Ziel, dass Menschen ohne fremde Hilfe und mit üblichem Aufwand in das Fahrzeug gelangen. Dies betrifft nicht nur Menschen mit Mobilitätseinschränkungen.

Herr Süß entgegnet, dass eine schriftliche Darlegung möglich ist, aber voraussichtlich nicht bis zur Sitzung des Verkehrsausschusses am 22.11.2022. Der Sachstandsbericht kann bis zur übernächsten Sitzung des Verkehrsausschusses am 24.01.2023 vorliegen. Dann wird Frau Haaks auch sicher direkt für Rückfragen zur Verfügung stehen.

Frau Baum stellt fest, dass die KVB zu der Sache Stellung nehmen wird. Sie befragt die stimmberechtigten Mitglieder, ob diese über den Antrag abstimmen oder diesen zurückstellen möchten, bis das angekündigte Gespräch stattgefunden hat und die Stellungnahme der KVB vorliegt.

Nach Beratung der anwesenden, stimmberechtigten Mitglieder entscheiden diese, über den Antrag, wie vorgelegt, zu beschließen.

Geänderter Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik hat begründete Bedenken, dass das neu anzuschaffende Niederflurfahrzeug „NF12“ nicht barrierefrei ist.

Sie fordert alle zuständigen Organe und Personen dazu auf, auf eine Änderung der Fahrzeuggestaltung hinzuwirken. Eine Anschaffung darf in der Ausgestaltung vom 28.07.22 nicht erfolgen.

Die Geschäftsführung wird gebeten, diesen Beschluss dem Rat und allen relevanten Fachausschüssen, insbesondere dem Verkehrsausschuss, dem AVR **sowie dem Sozialausschuss**, schnellstmöglich zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

(Hinweis der Geschäftsführung: Im Nachgang zur Sitzung wurde festgestellt, dass die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik als beratendes Gremium des Ausschusses für Soziales, Seniorinnen und Senioren den Beschluss nicht in diesem Wortlaut formulieren kann. In der nachfolgenden Sitzung des Ausschusses für Soziales, Seniorinnen und Senioren vom 17.11.2022 wurde zu dem Tagesordnungspunkt wie folgt beschlossen:

„2.1.2 Antrag/Beschlussempfehlung zu neues Niederflur Stadtbahnfahrzeug (Arbeitstitel NF12) Hier: nicht gegebene Barrierefreiheit im Modell Stand 28.07.2022 Aus der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik vom 14.11.2022

Beschluss: Mit der Maßgabe an die Verwaltung überwiesen, das Gespräch mit der KVB zur Klärung der Barrierefreiheit der neuen Niederflur Stadtbahnwagen (Arbeitstitel NF12) zu suchen. Weiterhin wird dringend darum ersucht, den Verkehrsausschuss sowie den AVR über den Beschluss der StadtAG Behindertenpolitik in der jeweils nächsten Sitzung zu unterrichten. Der Ausschuss Soziales, Seniorinnen und Senioren sowie die Stadt AG Behindertenpolitik sind über die weitere Entwicklung zu informieren. Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt. Mit der Maßgabe an die Verwaltung überwiesen, das Gespräch mit der KVB zur Klärung der Barrierefreiheit der neuen Niederflur Stadtbahnwagen (Arbeitstitel NF12) zu suchen. Weiterhin wird dringend darum ersucht, den Verkehrsausschuss sowie den AVR über den Beschluss der StadtAG Behindertenpolitik in der jeweils nächsten Sitzung zu unterrichten. Der Ausschuss Soziales, Seniorinnen und Senioren sowie die Stadt AG Behindertenpolitik sind über die weitere Entwicklung zu informieren.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.“

<https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=906663&type=do>)

2.2 Veranstaltung "Gesundheit inklusiv! Kölner Wege zur medizinischen Versorgung ohne Barrieren" zum "Kölner Tag der Menschen mit Behinderung"

hier: Antrag des stimmberechtigten Mitglieds Paul Intveen zu Forderungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Frau Kuhn berichtet, dass es eine interessante Veranstaltung war. Es wurde über die Probleme und Barrieren für Menschen mit Behinderung im Kölner Gesundheitswesen diskutiert. Da die Teilnehmenden ohne konkrete Beschlüsse auseinandergegangen sind, möchten die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik ihre vier Kernforderungen zu dem Thema bekräftigen. Möchten alle Akteur*innen in Politik und Verwaltung aufrufen, bei der Umsetzung der Forderungen zu unterstützen.

Herr Intveen möchte den Appell an einer Stelle besonders unterstreichen. Das Kölner Gesundheitswesen teilt sich auf in gemeinnützige Einrichtungen und auf die öffentliche Hand wie Land und Stadt Köln. Ein großer Teil des Gesundheitswesens liegt bei den niedergelassenen Ärzt*innen. Er dankt Herrn Dr. Albers als Vertreter des Gesundheitsamtes für die Initiative, die Thematik in die Kommunale Gesundheitskonferenz mit aufzunehmen. Dies ist ein wichtiger Schritt.

Auch müsste sich die Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein (KVNO) aktiv für eine Verbesserung der Situation in den Praxen der niedergelassenen Ärzt*innen einsetzen. Er bittet die Vertreter*innen in Politik und Verwaltung, die Interessen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen in ihre Gremien mitzunehmen und dort aktiv für diese einzutreten. Außerdem bittet er, Einfluss auf niedergelassenen Ärzt*innen und besonders auf die Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein (KV) zu nehmen, die sich eher zurückhaltend gezeigt haben. Die KV hätte aber die Möglichkeiten, auf ihre Mitglieder Einfluss zu nehmen und diese nachhaltig zu unterstützen.

Er bittet, alle Netzwerke zu nutzen, um den derzeitigen Zustand zu verbessern.

Frau Grimbach-Schmalfuß hat in der letzten Kommunalen Gesundheitskonferenz angeregt, dass sich dort eine Arbeitsgruppe mit dem Thema befasst. Darüber wird in der nächsten Gesundheitskonferenz beschlossen.

Herr Kluwig bittet darum, dass auch die seelisch Behinderten mit berücksichtigt werden, da viele Mitarbeitenden in Gesundheitsberufen oft nicht wissen, wie sie mit diesem Personenkreis umgehen sollen.

Herr Bauer-Dahm bittet die Verwaltung um Informationen, wie die Politik bei der Forderung „Fortbildung und Sensibilisierung zur Barrierefreiheit“ unterstützen kann.

Beschluss:

Als Ergebnis der Veranstaltung „Gesundheit inklusiv! Kölner Wege zur medizinischen Versorgung ohne Barrieren“ am 12.09.2022 beschließt die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik folgende Forderungen:

- Fortbildung und Sensibilisierung zur Barrierefreiheit
Medizinisches Personal soll verpflichtend im Umgang mit Menschen mit Behinderung, zu Bedarfen und Möglichkeiten sensibilisiert und ausgebildet beziehungsweise geschult werden.
- •Barrierefreie Kommunikation
Terminvereinbarungen und Beratungsgespräche sollen den Bedarfen der Zielgruppen angepasst werden. Benötigt werden beispielsweise Informationen in einfacher Sprache und Angebote für Menschen mit Hör- oder Sehbeeinträchtigung.
- •Barrierefreie Information
Menschen sollen sich vorab informieren können, welche Maßnahmen der Barrierefreiheit in den Praxen / Kliniken zur Verfügung stehen. Informationen in Suchmaschinen und auf Websites der Praxen und Kliniken sollen barrierefrei zugänglich und aktuell sein.
- •Barrierefreie Erreichbarkeit und Nutzbarkeit
Arztpraxen und Krankenhäuser sollen gut erreichbar sein (zum Beispiel in der Nähe von Haltestellen, Aufzüge müssen vorhanden sein). Die Ausstattung wie Toiletten, Türen, Untersuchungsmöbel muss barrierefrei nutzbar sein.

Dafür ist es dringend erforderlich, dass bereits bestehende Gesetze und Vorgaben umgesetzt werden. Dies ist bislang nicht flächendeckend der Fall.

Die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließen, dass die Geschäftsführung diesen Beschluss inklusive der Dokumentation dem Rat und folgenden Ausschüssen zur Verfügung stellt:

- Gesundheitsausschuss
- Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren
- Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik
- Stadtarbeitsgemeinschaft LSBTI
- Seniorenvertretung

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

2.3 Teilnahme am Landesprogramm „Kommunales Integrationsmanagement (KIM)“ 2904/2022

Frau Baum bittet um Entschuldigung, dass diese Vorlage so kurzfristig vorgelegt wurde und erläutert kurz den Inhalt der Vorlage.

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik bittet die Fachausschüsse des Rates, dem Rat zu empfehlen, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln beschließt entsprechend der gesetzlichen Verankerung im Teilhabe- und Integrationsgesetz Nordrhein-Westfalen

1. die weitere Teilnahme am Landesprogramm „Kommunales Integrationsmanagement“ (KIM) ab dem 01.01.2023 mit den Förderbausteinen
 - (1) Betrieb eines strategischen Kommunalen Integrationsmanagements und
 - (2) Durchführung eines rechtskreisübergreifenden, individuellen Case Managements unter dem Vorbehalt des Eingangs des Bewilligungsbescheides der Bezirksregierung Arnsberg (Förderung aus Mitteln des Ministeriums für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration NRW (MKJFGFI)).
2. die Finanzierung des Vorhabens vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2023/2024 wie dargestellt:
 - Die erforderlichen Mittel für das Haushaltsjahr 2023 in Höhe von 1.373.575,00€ werden im Teilergebnisplan 0504-Freiwillige Sozialleistungen und Diversity finanziert. Es fallen insgesamt Aufwendungen in der Teilplanzeile 11- Personalaufwendungen in Höhe von 343.475,00€, in der Teilplanzeile 15- Transferaufwendungen in Höhe von 952.000,00€ und in der Teilplanzeile 16- Sonstige ordentliche Aufwendungen in Höhe von 78.100,00€ an. Darüber hinaus ist mit einem voraussichtlichen Ertrag in der Teilplanzeile 02- Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von 1.118.100,00€ zu rechnen. Die den Ertrag übersteigenden Aufwände in Höhe von 255.475,00€ werden mit einem Anteil von 73.475,00€ (Personalkosten) und einem Anteil von 182.000,00€ (Sachkosten) aus dem Stellenbudget des Dezernates OB bzw. innerhalb des Budgets des Teilplans 0504- Freiwillige Sozialleistungen und Diversity kompensiert.
 - Die erforderlichen Mittel für das Haushaltsjahr 2024 in Höhe von 1.454.000,00 € werden im Teilergebnisplan 0504-Freiwillige Sozialleistungen und Diversity finanziert. Es fallen insgesamt Aufwendungen in der Teilplanzeile 11- Personalaufwendungen in Höhe von 423.900,00€, in der Teilplanzeile 15- Transferaufwendungen in Höhe von 952.000,00€ und in der Teilplanzeile 16- Sonstige ordentliche Aufwendungen in Höhe von 78.100,00€ an. Darüber hinaus ist mit einem voraussichtlichen Ertrag in der Teilplanzeile 02- Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von 1.118.100,00€ zu rechnen. Die den Ertrag übersteigenden Aufwände in Höhe von 335.900,00€ werden mit einem Anteil von 153.900,00€ (Personalkosten) und einem Anteil von 182.000,00€ (Sachkosten) aus dem Stellenbudget des Dezernates OB bzw. innerhalb des Budgets des Teilplans 0504- Freiwillige Sozialleistungen und Diversity kompensiert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

3 Teilhabe von Menschen mit Behinderung bei Bürgerbeteiligungen und Verwaltungsvorhaben

3.1 Erarbeitung eines Leitfadens für Öffentlichkeitsbeteiligung mit einer systematischen Berücksichtigung von Menschen mit Behinderung hier: mündlicher Sachstandsbericht

Das Büro für Öffentlichkeitsbeteiligung der Stadt Köln, unterstützt von der Kölner Freiwilligenagentur und dem Büro der Behindertenbeauftragten, möchte die Öffentlichkeitsbeteiligung künftig barriereärmer und offener gestalten, damit jeder Interessierte die Chance hat, sich zu beteiligen. Und damit alle Interessen berücksichtigt werden können.

Hierfür soll ein Leitfaden mit Checkliste für die Planung von Beteiligungen und Veranstaltungen entwickelt werden. Diese Unterlagen und Hilfen sollen allen Vorhabenträgern bei der Verwaltung der Stadt Köln und darüber hinaus (Investoren) zur Verfügung gestellt werden.

In drei Werkstattgesprächen sollen die inhaltlichen Grundlagen für diesen Leitfaden zusammengetragen werden. Die Gespräche für Fachkräfte und Expert*innen in eigener Sache finden jeweils im Amt für Integration und Vielfalt statt. Für:

- Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen am 06. Dez. 2022,
- Menschen mit körperlichen oder Sinnesbehinderungen am 08. Dez. 2022,
- Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen am 12. Dez. 2022.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die mündliche Mitteilung zur Kenntnis.

4 Mitteilungen, Sachstandsberichte und Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

4.1 Beschäftigung von Menschen mit Behinderung bei der Kölner Stadtverwaltung Nachreichung zu TOP 1.1 der Sitzung vom 23.06.2022 3147/2022

In der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am 23.06.2022 wurde die „Beschäftigung von Menschen mit Behinderung bei der Kölner Stadtverwaltung“ thematisiert. Zwei Beschäftigte vom Personal- und Verwaltungsmanagement waren in der Sitzung anwesend und haben Fragen direkt beantwortet. Zu Fragen, die nicht direkt beantwortet werden konnten, liegt nun die schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Ergänzend zu der Beantwortung wird am 10.01.2023 ein Gespräch zu dieser Thematik im Amt für Integration und Vielfalt stattfinden. An diesem Gespräch werden neben dem Personal- und Verwaltungsmanagement und Mitgliedern der Stadt AG Behindertenpolitik die Gesamt-Schwerbehindertenvertretung und die Behindertenbeauftragte teilnehmen.

Herr Intveen und Frau Palm bitten darum künftig Zahlen nicht als Prozentsätze auszuweisen. Sie bitten um absolute Zahlen mit entsprechenden Vergleichszahlen, um die Aussage besser verstehen zu können.

Frau Schmerbach fragt nach betriebsintegrierten Arbeitsplätzen. Die städtischen Eigenbetriebe haben welche, aber die Stadt Köln bisher nicht.

Frau Holzhauer sagt, dass der Inklusionsbericht fertig ist und bald in den AVR kommt. Vergleichszahlen sind schwierig darzustellen, weil über SAP nicht alle Informationen gezogen werden können. Viele Mitarbeitende geben ihre Schwerbehinderung nicht an und sind auch nicht dazu verpflichtet.

Frau Baum informiert, dass sie seit Sommer 2022 die Hauptinklusionsbeauftragte für die Arbeitgeberin Stadt Köln ist. In dieser Funktion nimmt sie an dem Termin im Januar 2023 teil.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.2 Neuaufstellung NRWeltoffen in Köln 3557/2022

Es gibt noch keine Vorschläge zur Besetzung der Vertretung in der Jury des Steuerungsgremiums von NRWeltoffen. Die Wahl der Vertretung wird in der nächsten Sitzung erfolgen.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.3 Ehrenamtliches Engagement von Menschen mit Behinderung stärken hier: mündlicher Bericht des stimmberechtigten Mitglieds Paul Intveen

Am 25.10.2022 wurde in den Räumen des Rathauses eine Veranstaltung zum Thema „Ehrenamtliches Engagement von Menschen mit Behinderung stärken“ durchgeführt. Die Veranstaltung richtet sich an Fachkräfte, die im System arbeiten.

Die Teilnehmenden haben viel darüber erfahren, wieviel Hürden es für Menschen mit Behinderung gibt, sich ehrenamtlich zu engagieren. Vieles war nicht bekannt.

Es soll noch eine Dokumentation erarbeitet werden, die der Geschäftsführung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zur Weitergabe an die Mitglieder zur Verfügung gestellt werden soll.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die mündliche Mitteilung zur Kenntnis.

4.4 Antrag auf Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII, 4. Kapitel) hier: mündlicher Sachstandsbericht 3099/2022

In der Sitzung am 29.09.2022 wurde festgehalten, dass das Thema in der ersten Sitzung 2023 erneut auf die Tagesordnung genommen wird.

Frau Tomše berichtet, dass Herr Steinbach in einer der letzten Sitzungen beantragt hat, den Antrag auf Grundsicherung und die Informationen dazu in einfache Sprache zu übersetzen. Dies wurde an das zuständige Amt weitergeleitet.

Es wird zu dem Thema „Leichte bzw. einfache Sprache bei Anträgen“ bei der Behindertenbeauftragten ein Gespräch geben, an dem sowohl Herr Steinbach als auch Vertretungen des Fachamtes teilnehmen werden.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt den mündlichen Sachstandsbericht zur Kenntnis.

4.5 Landesinitiative Gewaltschutz NRW in Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen
hier: mündlicher Bericht des stimmberechtigten Mitglieds Wolfgang Schaefer (DRK)

Leider ist Herr Schäfer verhindert. Seine Mitteilung wird daher der Niederschrift beigelegt.

Die Mitteilung ist dem TOP 4.5 als Anlage beigelegt.

<https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=913316&type=do>

<https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=913317&type=do>

Die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nehmen zur Kenntnis, dass der Sachstandsbericht der Niederschrift beigelegt wird.

4.6 Qualifizierungsangebote Diskriminierungsfreies Handeln im Schulungsprogramm der Stadt Köln 3529/2022

Herr Intveen erklärt, dass er dieses Schulungsangebot nur als Angebot auf freiwilliger Basis versteht. Nur neue Führungskräfte müssen die Schulung wahrnehmen. Er kennt es aus anderen Bereichen, dass solche Fortbildungen verpflichtend angeboten werden.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

4.7 "Elektro-Tretroller - Klärung von rechtlichen Grundlagen"
Sachstandsnachfrage zu TOP 4.1 der Sitzung vom 18.11.2021 der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
hier: Mündlicher Bericht von Herrn Christian Leitow, Amt für nachhaltige Mobilitätsentwicklung

Herr Leitow erklärt, dass es eine schriftliche Stellungnahme inzwischen gibt, die nicht mehr rechtzeitig in die Sitzung gebracht werden konnte. Sie wird der Geschäftsführung zur Verfügung gestellt.

An den Regelungen zum Thema wurden verschiedene Dienststellen beteiligt, u.a. das Rechtsamt. Das Amt hat einen zweigleisigen Weg beschritten.

Der kurzfristige Weg zur Regelung wurde über weitere Abstellverbotszonen, weitere Rückgabeorte sowie Hot Spots und für die Innenstadt eine Mengengrenzung beschritten.

Das Rechtsamt hat das Urteil des OVG Münster dahingehend geprüft, in wieweit in Köln eine Sondernutzungs-Verordnung möglich ist. Seit Mai 2022 hat Köln eine Sondernutzungssatzung und dadurch 5000 E-Scooter weniger. Köln ist im Austausch mit anderen Kommunen, um die größtmögliche Barrierefreiheit bei der Straßennutzung zu erreichen.

Es gibt 14.500 genehmigte E-Roller, in Nutzung sind tatsächlich knapp 12.000 E-Roller. Vor den ergriffenen Maßnahmen gab es 17.500 E-Roller in Köln.

Herr Intveen weist darauf hin, dass in Münster die Flächen definiert wurden, auf denen abgestellt werden darf. Diese Vorgehensweise hält er für sinnvoller und hilfreicher, da die Regelung für alle Nutzer*innen eindeutig und klar ist.

Herr Leitow erklärt, dass Köln mit anderen Kommunen im Austausch ist. Köln hat bereits im Innenstadt-nahen Bereich über 25 Rückgabeflächen definiert. Nur dort darf verpflichtend abgestellt werden. Dies funktioniert GPS-gestützt.

Herr Feles bittet, die Rückgabebereiche nicht nur im Innenstadtbereich festzulegen. Gerade in den Vororten sind die Menschen mit Behinderung genauso betroffen. Auch hier werden die Fahrzeuge so abgestellt, dass sie andere Menschen behindern.

Er bittet um Auskunft, wer kontrolliert, ob die Fahrzeuge richtig abgestellt werden, da viele Nutzer*innen sich nicht an Regeln halten.

Herr Leitow bestätigt, dass die Rückgabebereiche auf das ganze Stadtgebiet ausgeweitet werden sollen. Die Abstellbereiche sollen grundsätzlich auf ehemaligen Stellplätzen und nicht auf Gehwegen errichtet werden, damit Fußgänger*innen nicht beeinträchtigt werden.

Mit GPS kann es zu Ungenauigkeiten bis zu 20 m geben. Die Zulassungen der E-Roller soll dann mengenmäßig so angepasst werden, dass die Abstellflächen ausreichen.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt den mündlichen Sachstandsbericht zur Kenntnis

5 Anfragen

5.1 Anfrage an die Verwaltung zur städtischen Bilanz des Projektes "Wie inklusiv ist das Quartier" hier: Anfrage des stimmberechtigten Mitglieds Paul Intveen

Die Anfrage soll nach Möglichkeit zur nächsten Sitzung beantwortet werden.

5.2 Gesundheitliche Vorsorge behinderter Menschen in städtischen Einrichtungen und anderer behinderte Einwohner*innen Kölns im Rahmen der Auswirkungen des Klimawandels AN/1987/2022

Die Anfrage soll nach Möglichkeit zur nächsten Sitzung beantwortet werden.

5.3 Bauliche Maßnahmen im Zuge des Klimawandels hinsichtlich gesundheitlicher Auswirkungen auf behinderte Menschen in städtischen Einrichtungen und behinderter Einwohner*innen Kölns im Allgemeinen AN/1988/2022

Die Anfrage soll nach Möglichkeit zur nächsten Sitzung beantwortet werden.

6 Bericht der Behindertenbeauftragten

Frau Tomše berichtet, dass am 28.10.2022 ein Treffen mit Vertreter*innen von queer handicap, Richtig am Rand (RAR) und Rubicon stattgefunden hat. Es ging darum, wie das Thema Menschen mit Behinderung in der queeren Community behandelt werden kann. Es wurden Ideen zur Sensibilisierung diskutiert und weitere Treffen vereinbart.

Als erstes Ergebnis wird es ein Fachgespräch zum Thema zur Beratungssituation von queeren Menschen mit Behinderung stattfinden.

Anfang November fand ein Gespräch mit Mitarbeitenden der Frauenhäuser in Köln statt. Themen waren die Barrierefreiheit in den Frauenhäusern sowie die Bedarfe von Frauen mit Behinderung. Es war ein guter Start in die Themen. Weitere Gespräche sind geplant, insbesondere im Hinblick auf den Bau eines weiteren Frauenhauses.

Es wird ein regelmäßiges Treffen des Büros der Behindertenbeauftragten mit den Mitgliedern der Werkstatträte und den Frauenbeauftragten der Kölner Werkstätten geben. Das erste Treffen findet am 12.01.2023 statt.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt den Bericht zur Kenntnis.

7 Diversity

8 Berichte aus den Fachausschüssen des Rates

9 Verschiedenes

Frau Baum dankt den Mitgliedern und Gästen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik im Namen der Oberbürgermeisterin, des Amtes für Integration und Vielfalt sowie des Büros der Behindertenbeauftragten für das ehrenamtliche Engagement in diesem Jahr für die Belange der Menschen mit Behinderung in Köln.

Sie wünscht allen Teilnehmenden und ihren Familien eine friedliche Adventszeit, eine frohe Weihnachtszeit und einen guten und gesunden Start in das neue Jahr 2023.

Die nächste Sitzung findet am Montag, 13. Februar 2023, 14 Uhr statt. Die weiteren Termine für 2023 stehen bereits fest und werden in den nächsten Tagen per Mail mitgeteilt.

gez. Bettina Baum

(Vorsitzende / Amtsleiterin des Amtes für
Integration und Vielfalt)

gez. Ursula Haller-Vetter

(Schriftführerin / Geschäftsführung
Stadtarbeitsgemeinschaft
Behindertenpolitik)